

Freie
Demokraten

Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

**POSITIONS-
PAPIER**

WETTBEWERBSFÄHIGE ENERGIEPREISE

**STANDORTBEDINGUNGEN VERBESSERN:
EIN LIBERALER WEG ZU WETTBEWERBSFÄHIGEN
INDUSTRIESTROMPREISEN**

IMPRESSUM

FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

fdp-fraktion@landtag.nrw.de
www.fdp.fraktion.nrw

Verantwortlich für den Inhalt:

Tobias Havers

Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Pressesprecher

0211 - 884 4466

tobias.havers@landtag.nrw.de

Grafik und Layout:

Wolfram Bölte

Referent für Presse und Social Media

0211 - 884 4460

wolfram.boelte@landtag.nrw.de

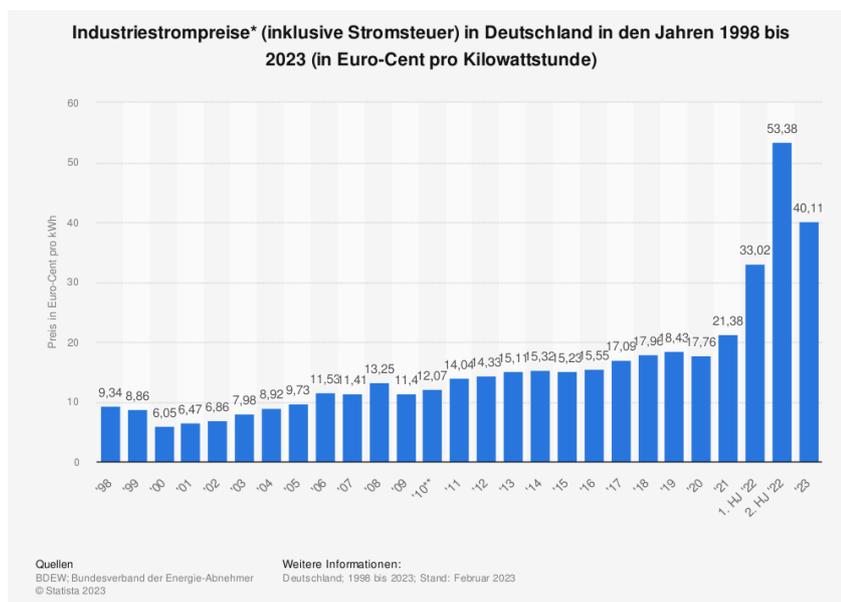


Standortbedingungen verbessern: Ein liberaler Weg zu wettbewerbsfähigen Industriestrompreisen

I. Ausgangslage

Die Situation des Wirtschaftsstandorts Deutschland ist besorgniserregend. Die Standortbedingungen haben sich im Vergleich zum Rest der Welt erheblich verschlechtert. Die unzureichende Entwicklung der Wirtschaft folgt aus der Vernachlässigung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit seit mindestens zehn Jahren – von lähmender Bürokratie über eine zu hohe Steuer- und Abgabenbelastung bis zum Arbeits- und Fachkräftemangel. Durch steigende Zinsen und Energiepreise zeigt sich nun die ganze Dramatik, die zuvor verdeckt war. Die Neuansiedlung von Unternehmen gelingt im Rahmen der heutigen Wirtschaftspolitik nur, wenn die schlechten Standortbedingungen mit gigantischen Subventionsbeträgen kompensiert werden (z. B. Intel mit fast 10 Milliarden Euro).

Besonders deutlich wird der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland an der Entwicklung der Energiepreise. Unzureichende – oder gar kontraproduktive – Maßnahmen zur Sicherstellung eines ausreichenden Energieangebots mit dem vollzogenen Ausstieg aus der Kernenergie parallel zu steigenden Gaspreisen haben zu einem massiven Anstieg der Industriestrompreise geführt: von 6,05 Cent im Jahr 2000 auf 21,38 Cent im Jahr 2021 und nun auf 40,11 Cent im Jahr 2023. Insbesondere der Industriestrompreis hat sich in den letzten 23 Jahren fast versiebenfacht und in den letzten zwei Jahren verdoppelt.



Die wirtschaftlichen Folgen dieser verfehlten Wirtschafts- und Energiepolitik sind offensichtlich: Deutsche Unternehmen investieren vermehrt im Ausland, verlagern Teile der Produktion dorthin oder wandern gänzlich ab. Laut einer aktuellen Umfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) verlassen aus Kostengründen so viele Firmen den Heimatmarkt wie seit 15 Jahren nicht mehr. Deutschland wird im Ausland mittlerweile als Paradebeispiel für eine verfehlte Energiepolitik betrachtet.

In den letzten Jahren hat sich die deutsche Politik angewöhnt, Herausforderungen nicht mehr beherzt anzugehen, sondern mit Geld zuzuschütten. „Bazooka, Wumms und Doppel-Wumms“ sind die Chiffren dieser im Grundsatz verfehlten Politik. Egal, ob Corona, Ukraine oder Flut: Mit staatlich ausgeklügelten, komplizierten Hilfsprogrammen (z. B. Corona- und Fluthilfen), Gas- und Strompreisbremsen, Energiepreispauschalen, Tankrabatten und steuerfreien Inflationshilfen u.v.a.m. hat die öffentliche Hand (auch unter unserer Mitwirkung) die universelle Anspruchshaltung an den allzeit zahlungskräftigen Staat genährt.

Vor dem Hintergrund jener Rettungspakete ist die Forderung nach einem weiteren staatlich finanzierten Hilfsprogramm, dem Industriestrompreis, in gewisser Weise folgerichtig – aber zugleich kurzichtig. Die Politik, Probleme nicht mehr zu lösen, sondern seitens des Staates kompliziert zu bezahlen bzw. scheinbar wegzusubventionieren, ist eine Sackgasse, aus der wir einen Ausweg finden müssen.

II. Wie wirkt ein Industriestrompreis?

Die (derzeitige) Idee eines Industriestrompreises besteht darin, bestimmten Unternehmen für ein gewisses Stromkontingent einen Höchstpreis von 6 Cent pro Kilowattstunde (zzgl. Abgaben) zu garantieren und die Differenz zum Marktpreis aus zusätzlichen Schulden zu decken. Dadurch sollen einzelne, energieintensive Wirtschaftszweige subventioniert werden. Der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, hat hierzu ein kontrovers diskutiertes Arbeitspapier vorgelegt – mit geschätzten Kosten bis 2030 in Höhe von 25 bis 30 Milliarden Euro. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Hendrik Wüst und die Wirtschafts- und Klimaschutzministerin Mona Neubaur sprechen sich ebenfalls für einen solchen staatlich subventionierten Industriestrompreis aus.

Angesichts der Entwicklung der Industriestrompreise ist es verständlich, dass Industrieunternehmen politische Gegenmaßnahmen erwarten. Als FDP-Landtagsfraktion NRW sind wir jedoch der festen Überzeugung, dass es zum Scheitern verurteilt ist, die Auswirkungen einer verfehlten Politik durch mit Steuergeld finanzierte Förderprogramme auszugleichen. Subventionen machen schlechte Politik nicht besser – nur teurer. Eine nachhaltige Verbesserung der Standortbedingungen ist nur möglich, wenn das geringe Stromangebot behoben und andere Standortfaktoren verbessert werden.

Bei der Bewertung des Industriestrompreises müssen negative Auswirkungen berücksichtigt werden:

1. Jede Subvention, auch der Industriestrompreis, führt zu einer Abhängigkeit vom Staat ohne realistische Ausstiegsmöglichkeiten. Jede politische Kraft, die sich dafür einsetzt, die Subvention irgendwann auslaufen zu lassen, würde politisch für Arbeitsplatzverluste und die Abwanderung von Unternehmen verantwortlich gemacht werden. Eine zeitliche Befristung oder als Übergangslösung kommunizierte Maßnahmen sind daher nicht realistisch. Bis durch Offshore-Wind, Netz- und Speicherausbau industriell nutzbarer verlässlicher Strom wetterunabhängig in großen Mengen zur Verfügung steht, wird viel Zeit vergehen. Ein Industriestrompreis, der sich an dieses Szenario koppelt, wird für lange Zeit viele öffentliche Ressourcen binden.
2. Die Deckelung des Industriestrompreises mindert den politischen Druck, das grundlegende Problem zu lösen: nämlich das Stromangebot deutlich auszubauen! Ein solcher politischer Druck ist allerdings dringend erforderlich, um Planungs- und Genehmigungsverfahren endlich zu beschleunigen und ideologische Scheuklappen in der Energiepolitik zu überwinden.
3. Zusätzliche Auflagen und Überwachung bedeuten mehr Bürokratie sowohl für Unternehmen als auch den Staat.
4. Es bestehen rechtliche Bedenken hinsichtlich der Vereinbarkeit mit dem europäischen Beihilferecht. Ein Rechtsbruch mit Ansage sowie eine jahrelange Hängepartie wie bei der sogenannten „Ausländermaut“ würden dem Wirtschaftsstandort schweren Schaden zufügen und Unternehmen nicht die erhoffte Planungssicherheit geben.
5. Die Kosten der Preissubventionen für Industrieunternehmen müssen von den Unternehmen anderer Wirtschaftszweige, v. a. aus dem Mittelstand, und den privaten Haushalten getragen werden. Dadurch verschlechtern sich entsprechend die Standortbedingungen für die Unternehmen anderer Wirtschaftszweige, welche ebenfalls in einem internationalen Wettbewerb stehen.
6. Eine Subvention bestimmter Wirtschaftszweige weckt verständlicherweise Begehrlichkeiten anderer betroffener Branchen. Hierdurch entsteht ein Wettbewerb, politisch definierte Voraussetzungen zur Inanspruchnahme von Subventionen zu erfüllen – und kein Wettbewerb durch Innovationen dem nationalen und internationalen Wettbewerb standzuhalten. Eine solche Subventionsspirale schwächt den Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt.
7. Letztlich würden durch den staatlichen Eingriff auch marktwirtschaftliche Preissignale mindestens empfindlich gestört, wenn nicht gänzlich ausgehebelt. Damit werden Anreize, mit dem knappen Gut Strom sparsam umzugehen oder neue Technologien zu entwickeln, um mit dem bisherigen Einsatz mehr Output zu erzeugen, zerstört.
8. Das derzeit diskutierte Modell würde nur für ausgewählte Unternehmen greifen und andere ausschließen. Das würde zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen innerhalb derselben Branche führen. Es würde im Mittelstand das Gefühl einer unfairen Ungleichbehandlung entstehen, wenn die Brotfabrik gefördert wird und die Bäckerei nicht.

Ein Industriestrompreis bekämpft lediglich die Symptome, ohne die Ursachen anzugehen. Er ist eine zu bequeme Antwort auf eine über viele Jahre verfehlte Energiepolitik. Eine Preissetzung durch den Staat steht konträr zu den Prinzipien unserer freien Marktwirtschaft und war noch nie irgendwo nachhaltig erfolgreich. Dieses Instrument wird daher auch von führenden Wirtschaftswissenschaftlern u. a. aus dem Sachverständigenrat abgelehnt.

III. Sofortmaßnahmen für wettbewerbsfähige Industriestrompreise

Die hohen Strompreise sind ein Ergebnis von künstlicher Angebotsverknappung und einer stetig steigenden Steuer- und Abgabenbelastung. Bei beiden Ursachen muss eine vernünftige Politik ansetzen. Die FDP-Landtagsfraktion NRW setzt als Alternative zum Industriestrompreis auf folgende Sofortmaßnahmen, um Unternehmen und Haushalte zu entlasten und Deutschland als Standort attraktiver machen:

1. Sofortige Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestniveau und/oder eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Strom, um Unternehmen und Haushalte zu entlasten.
2. Die befristete Finanzierung der Netzausbaukosten über den Klima- und Transformationsfonds des Bundes, bis eine Reform der Netzentgeltssystematik auf Basis der Vorschläge der Plattform „Klimaneutrales Stromsystem“ erarbeitet wurde.
3. Verzicht der Länder und Kommunen auf die Konzessionsabgabe. So können diese ebenfalls einen Beitrag zur Senkung der Strompreise leisten.
4. Einführung einer zeitlich befristeten „Superabschreibung“. Investitionen sollen doppelt so schnell wie üblich abgeschrieben werden können. Eine Beschränkung auf Investitionen auf einzelne Bereiche lehnen wir ab. Wir brauchen Anreize für Investitionen jeglicher Art.
5. Verbesserung des steuerlichen Verlustabzugs, indem der Verlustrücktrag auf drei Jahre ausgeweitet wird.
6. Nutzung aller verfügbaren Möglichkeiten zur Stromerzeugung, einschließlich kurzfristiger grundlastfähiger Alternativen.
 - Beschleunigter Ausbau erneuerbarer Energien aufgrund überragendem öffentlichen Interesses. Betriebsfähige Kohlekraftwerke (Stein- und Braunkohle) dürfen erst dann vom Netz gehen, wenn gleichwertige Alternativen für eine wetterunabhängige, günstige und sichere Energieversorgung zur Verfügung stehen. Durch die Wirkung des Zertifikatehandels ist dies im Ergebnis keine zusätzliche CO₂-Belastung. Bis dies durch den Zubau von Erneuerbaren Energien, Speichern und den Ausbau von Netzkapazitäten gesichert ist, braucht es einen Verzicht auf alle vorzeitigen Kohleausstiegsentscheidungen. Der Verzicht auf die weitere Nutzung der Kernenergie war vor diesem Hintergrund ein schwerer Fehler.
 - Um die Strommenge zu erhöhen sollen alle Bereiche der erneuerbaren Energien im Strom- und Wärmesektor ausgebaut werden und bestehende Hemmnisse abgebaut werden.

Für Photovoltaik bedeutet dies:

- o Die Zertifizierungspflicht für PV-Anlagen muss ausgesetzt werden.
- o Der faktisch geltende PV-Ausbaudeckel des EEG muss aufgehoben werden.
- o Denkmalschutzhemmnisse müssen gesenkt werden.
- o Die Genehmigung und der Bau von Agri-PV muss vereinfacht, im Baugesetzbuch die Errichtung von Agri-PV-Anlagen als privilegierte Vorhaben aufgenommen werden. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass die darunterliegende landwirtschaftliche Nutzung weiterhin im herkömmlichen Umfang stattfinden kann.
- o Die Begrenzung von Einspeisekapazitäten bei bestehenden PV-Anlagen muss aufgehoben werden.

Für Windenergie bedeutet dies:

- o Die strengen Abschaltspflichten bei Windenergieanlagen aufgrund von Schattenwurf, Schallschutz und Fledermausschutz müssen befristet erleichtert werden.
- o Softwareoptimierungen bei Windenergieanlagen für Mehrerzeugung müssen vereinfacht und die entsprechenden Anforderungen bei den Netzanschlusskriterien erleichtert werden.

Für die Nutzung von Biomasse bedeutet dies:

- o Sämtliche Hemmnisse bei der Erzeugung und flexiblen Nutzung von Energie aus Biomasse sollten abgebaut werden. Flexibel steuerbare Biogasanlagen können die schwankende Stromeinspeisung von Wind- und Sonnenenergie ausgleichen. Es gilt, die Potenziale der Biogas- sowie Biomethan-Erzeugung voll auszuschöpfen. Dafür muss Biomasse effizienter aus vorhandenen Flächen genutzt werden. Zentral muss sein, biogene Reststoffe, Abfälle und Anbaubiomasse ohne zusätzlichen Flächenbedarf zu mobilisieren. Neben diversen Regelungen gehören dazu die Nutzung von zusätzlichen Lagerräumen für flüssige Wirtschaftsdünger, die kurzzeitige unbürokratische Freigabe größerer Einsatzstoffmengen und die Berechnung des Güllebonus im Jahresmittel. Durch diese Maßnahmen wird nicht nur das Energieaufkommen erhöht, sondern gleichzeitig auch die landwirtschaftliche Betriebe werden gestärkt.

Für die Nutzung von Erdwärme bedeutet dies:

- o Die breite Nutzung von tiefer Erdwärme (Tiefengeothermie) sollte mit der zügigen Vermessung und Kartierung des tiefen Untergrunds, einer ausreichenden Risikoabfederung von Probebohrungen und deutlich verkürzten Planungs- und Genehmigungsverfahren für Aufsuchungserlaubnis und Nutzung von Geothermievorhaben vereinfacht und beschleunigt werden.

IV. Mittel- bis langfristig wirksame Maßnahmen für wettbewerbsfähige Industriestrompreise

Die Verdoppelung des Industriestrompreises in den letzten zwei Jahren macht deutlich, wie hoch die Dringlichkeit ist, Maßnahmen zur Standortverbesserung zu ergreifen. Die FDP-Landtagsfraktion NRW setzt sich für folgende mittel- bis langfristige wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Standortbedingungen in Deutschland ein:

1. Strompartnerschaften für günstige und zuverlässige Energieversorgung (Modell: Investitionskostenzuschuss für regionale PPA) durch die Ermöglichung und Förderung von regionalen Direktstromlieferverträgen (Power Purchase Agreements - PPA) zwischen Erneuerbare-Energien-Anlagenbetreibern und industriellen Stromverbrauchern, um langfristige Planungssicherheit und vorteilhafte Partnerschaften zu schaffen. Damit wird einerseits das inländische Stromangebot schneller ausgebaut, andererseits wird industriellen Verbrauchern langfristig Strom zu einem festen Preis angeboten und Produzenten Investitionssicherheit gegeben. Die Förderung erfolgt durch zwei Anreize:
 - Die zügige Einführung eines Investitionskostenzuschusses in Höhe von 25 Prozent für Wind- und Solarparks, sofern der Abschluss eines langlaufenden PPA-Vertrags mit einem Abnehmer vorgelegt wird.
 - Eine Reduzierung der Netzentgelte um 2 Cent pro kWh für gewerbliche und industrielle Abnehmer im Rahmen des PPA-Vertrags.
2. Deutliche Ausweitung der steuerlichen Forschungsförderung durch Verdreifachung der bisherigen Bemessungsgrundlage und Erweiterung der förderfähigen Anwendungen. Gleichzeitig müssen die Bedingungen für öffentliche und private Forschung, insbesondere im Bereich zukünftiger Energiequellen wie Kernfusion verbessert werden, um Abhängigkeiten zu vermeiden und den Wettbewerb um innovative Unternehmen und Technologien anzufeuern. Die Forschungsbedingungen und Regulierung am Standort Deutschland dürfen keinesfalls strenger als an den weltweit besten Forschungs- und Entwicklungsstandorten sein. Wir benötigen dringend den „besten Forschungsstandort-Standard“. Die Abschreibungsbedingungen von Forschungs- und Entwicklungskosten müssen darüber hinaus weiter verbessert werden.
3. Dauerhafte Senkung der Unternehmensbesteuerung auf 25 Prozent, um deutsche Unternehmen international wettbewerbsfähiger zu machen und private Investitionen anzukurbeln. Mit einer Belastung aus Körperschafts- und Gewerbesteuer von 29,94 Prozent liegt die Steuerbelastung in Deutschland deutlich höher als der OECD-Durchschnitt von 25,77 Prozent sowie als wichtige Wettbewerber wie Frankreich (25,83 Prozent), Großbritannien (19 Prozent) und die USA (25,77 Prozent).
4. Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für alle Investitionsvorhaben, um Investitionen in Deutschland mehr als jede Subvention zu fördern. Wenn die Reparatur oder der Neubau einer Schienenverbindung, einer Brücke oder eines Straßenabschnitts in Deutschland weiterhin Jahrzehnte dauert, werden sich Unternehmen Ländern

mit investitionsfreundlichen Bedingungen zuwenden. Die Verfahrensdauer muss mindestens halbiert werden.

5. Nutzung der Vorteile der Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung, um Verwaltungsvorgänge effizienter und schneller zu gestalten, beispielsweise durch einheitliche Datenstandards, eine bundesweit einheitliche Plattform und einen Rechtsanspruch auf digitale Verwaltungsleistungen. Wenn Unternehmen und Beschäftigte sich zunehmend daran gewöhnen, Informationen und Entscheidungen in Echtzeit zu erhalten, ist es nicht mehr vermittelbar, dass die Prüfung von Verwaltungsvorgängen Monate dauert.

V. Fazit

Es besteht dringender Handlungsbedarf, um Unternehmen und Investitionen in Deutschland zu halten und den Verlust von Arbeitsplätzen zu vermeiden. Der hohe Strompreis in Deutschland belastet nicht nur die energieintensive Industrie, sondern auch kleine und mittelständische Unternehmen in anderen Branchen. Anstatt eine selektive Subventionspolitik für bestimmte Branchen zu betreiben, ist es notwendig, die Standortbedingungen für alle Unternehmen zu verbessern. Die FDP-Landtagsfraktion NRW setzt auf Maßnahmen, die auf eine nachhaltige Verbesserung der Standortbedingungen abzielen und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie stärken.



FOLGE UNS!



@FDPFraktionNRW



@FDPFraktionNRW



@fdplif_nrw



FDPFraktionNRW



FDP-Landtagsfraktion NRW



SCANNE DIESE QR-CODES JETZT EINFACH DIREKT MIT DEINEM SMARTPHONE UND VERNETZE DICH MIT UNS!